

Prof. Dr. Heribert Hirte

Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen

- Stellvertretender und kommissarischer Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz
- Vorsitzender des Unterausschusses Europarecht
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- Stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss
- Mitglied in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung
- Vorsitzender des Stephanuskreises in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion





Liebe Mitglieder der CDU Köln, liebe Freundinnen und Freunde,

im mittlerweile achten Jahr darf ich meine geliebte Heimat, den Kölner Süden und Westen, nun schon in Berlin vertreten. Zweimal habe ich dank meines Wahlkampfteams und der großartigen Unterstützung der Jungen Union und der CDU-Ortsverbände das Direktmandat gewonnen - mit klarem, bei der Wahl 2017 so-

gar mit noch einmal ausgebautem, Vorsprung für die CDU.

Dieser starke Rückenwind aus Köln hat mir während der vielen, teils sehr anstrengenden, Sitzungswochen in Berlin die Kraft gegeben, in den richtigen Momenten aufzustehen und meine Stimme für die Kölnerinnen und Kölner zu erheben.

Es ist über all die Jahre immer mein Anspruch gewesen, es mir in

meinem Plenarsessel niemals gemütlich zu machen. Ich warte nicht ab, was mir an Arbeit aufgetragen wird, ich gehe die Probleme, die ich sehe, selbst an. Das habe ich als Professor der Rechtswissenschaften schon so gemacht und bleibe mir auch für die Arbeit im Deutschen Bundestag darin treu. So rufe ich selbstständig eigene Sachverständigenrunden ein, wie sie normalerweise nur von ganzen Ausschüssen abgehalten werden. Auf diese Weise will ich möglichst effizient Wissen bündeln und auf Fehlentwicklungen im Gesetzgebungs-

verfahren hingewiesen werden, aber auch meinerseits Unternehmen und Wissenschaft für Themen sensibilisieren. Das ist nichts, was ein Bundestagsabgeordneter machen muss, aber ein Weg, um sich als einzelner Parlamentarier eine objektive Meinung zu bilden und eigene Ideen erfolgreich einzubringen.



Ein enger Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion liegt mir am Herzen. Auf diesen Bild sehen sie neben mir den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagfraktion, Ralph Brinkhaus.

Ich freue mich, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mein Engagement honoriert hat: 2018 wurde ich von der Fraktion mit einer Mehrheit von 96,5 % zum **stellver**tretenden **Vorsit**zenden des Ausschusses für Recht Verbraucherschutz nominiert und auch der Ausschuss folgte diesem Vorschlag ohne Gegenstimme. Seit der Abwahl des Ausschuss-

vorsitzenden von der AfD im November 2019 leite ich den Rechtsausschuss im Deutschen Bundestag kommissarisch. Dieser Ausschuss hat eine enorme Verantwortung – ist er doch im besonderen Maße politisches Spiegelbild der Rechtsstaatlichkeit in unserem Land. Wir wachen dort über die Werte des Grundgesetzes und versuchen, unsere Demokratie bestmöglich durch Regeln und Ordnung zu schützen.



Zudem habe ich seit 2018 den Vorsitz des **Unterausschusses Europarecht** inne. Der Ausschuss, der über die rechtspolitischen Vorlagen der EU berät, hat neun Mitglieder und verzahnt die europäische Politik mit der Bundespolitik. Ich bin dankbar, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mir das Vertrauen auch für diese Aufgabe geschenkt hat.

Im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sitze ich weiterhin als ordentliches und im **Finanzausschuss** als stellvertretendes Mitglied. Und auch den freiwilligen Zusammenschluss von über 80 Abgeordneten unserer Fraktion, die sich für bedrängte Christen weltweit einsetzen, den Ste**phanuskreis**, leite ich in der Funktion

des Vorsitzenden.

Nicht nur im Parlament habe ich über die vergangenen Jahre meiner Kölner Stimme mehr Gehör verschaffen können, auch im Internet arbeite ich daran, Präsenz auszubauen. Inzwischen bin ich neben Twitter und Facebook auch auf Instagram aktiv. Dort treffe ich jüngere Kölnerinnen und Kölner und versuche, sie für Politik zu begeistern.

Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern in meinem Wahlkreis ist mir ein großes Anliegen. Rede und Antwort zu stehen, halte ich als direkt gewählter Parlamentarier nicht erst seit der Corona-Krise. wichtige für eine Aufgabe. Insbesondere seit Beginn der Pandemie konnten ich und mein Team in

schier zahllosen Gesprächen Bürgern und Unternehmen direkt auf ihre Fragen, z.B. zu Hilfsprogrammen, antworten. Für mich hat die Krise noch einmal bestätigt, wie wichtig der direkt gewählte Abgeordnete als vertrauensvoller Ansprechpartner für die Menschen insbesondere in Krisenzeiten ist - daher habe ich mich im Kontext der Wahlrechtsreform auch dafür eingesetzt, dass dieses Vertrauensverhältnis fortbestehen muss. Auch, wenn es die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie einem leider nicht einfach machen, Gespräche von Angesicht zu Angesicht zu führen.

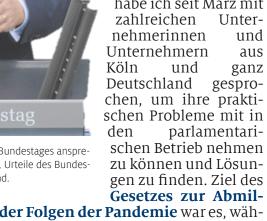
Ein Onlineportal, über das Fragen an Bundestagsabgeordnete gerichtet werden können, ist Abgeordnetenwatch.de. Ich gehöre dort zu den Abgeordneten aus NRW mit den meisten Anfragen und habe mich deshalb sehr gefreut, neulich von diesem Portal für mein Antwortverhalten mit der Note "sehr gut" ausgezeichnet worden zu sein.

Was konnte ich konkret in den vergangenen zweieinhalb Jahren als Kölner Bundestagsabgeordneter in Berlin erreichen? Lassen Sie mich Ihnen hier einen Überblick geben:

Als zuständiger **Berichterstatter für das Insolvenzrecht** war ich im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz seit Beginn der Pandemie mit allen Kräften gefordert. Von Anfang an haben wir versucht, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie soweit wie möglich gesetzgeberisch einzudämmen.

Als Vorstandsmitglied des **Parlamentskreises** telstand im Deutschen **Bundestag (PKM)** fühle ich mich für die Belange kleinerer, mittlerer und familiengeführter Unternehmen besonders ver-

> antwortlich. Deshalb habe ich seit März mit zahlreichen Unternehmerinnen und Unternehmern aus Köln und ganz Deutschland gesprochen, um ihre praktiden parlamentarizu können und Lösungen zu finden. Ziel des



derung der Folgen der Pandemie war es, während des Lockdowns Unternehmen und Soloselbstständigen finanziell zu helfen, die drohten, unmittelbar pleite zu gehen. Wir haben aber auch Familien geschützt, die wegen nicht zu leistenden Mietzahlungen ihre Wohnungen im schlimmsten Fall hätten verlassen müssen. Auch auf meine Initiative hin konnten wir mit der Klarstellung des § 313 BGB den Gewerbemietern, also dem Restaurant um die Ecke, dem Einzelhändler in der Fußgängerzone oder dem Messebauer ganz konkret den Rücken stärken.

Die Themenspanne, die ich als Redner im Deutschen Bundestages ansprechen konnte, ist groß: Der mehrjährige Finanzrahmen, Urteile des Bundesverfassungsgerichts, der BREXIT, Corona, und, und, und.



Darüber hinaus hat die Unionsfraktion mit mir als treibender Kraft das SPD-geführte Bundesminiserium der Justiz und für Verbraucherschutz dazu gedrängt, die EU-Restrukturierungsrichtlinie vorzeitig umzusetzen. Gemeinsam mit der Mittelstandsunion, dem Wirtschaftsrat und dem Verband Junge Unternehmer lieferte ich zahlreiche konkrete Vorschläge zur Unterstützung von Firmen, die allein durch die Pandemie in wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Unser Drängen zeigte Erfolg: Im September 2020 hat das Bundesjustizministerium den Gesetzesentwurf zur Umsetzung großer Teile der Restrukturierungsrichtlinie vorgelegt, nachdem das Ministerium diesen Schritt im Sommer dieses Jahres noch als verfrüht abgelehnt hatte. Wir wollen für Unternehmerinnen und Unternehmen, die bspw. durch die Krise hart getroffen wurden, aber an sich eine wirtschaftliche Perspektive haben, bessere Sanierungsmöglichkeiten schaffen und dies vor der Insolvenz. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise ein immens wichtiger Schritt für unsere Wirtschaft. Und auch für Privatpersonen sind wir in Folge der Restrukturierungsrichtlinie tätig geworden. Gerade haben wir auch das Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens verabschiedet. Wir haben damit das Verfahren im Anschluss an eine Privatinsolvenz auf drei Jahre verkürzt, damit Menschen früher wieder Luft zum Atmen bekommen.



Mit zahlreichen Vorträgen und Redebeiträgen auf nationalen und internationalen Konfererenzen, wie hier bei der Deutsch-Amerikanischen Juristenvereinigung, vertrete ich Anliegen der Kölner Bürgerinnen und Bürger sowie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Viel kleinteiliger und langwieriger war dagegen meine Arbeit für das "zweite Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrichtlinie (ARUG II)". Ich habe darauf hingewirkt, dass Aktionäre mit Einführung dieses Gesetzes erstmals die Möglichkeit bekommen, auf eine schlechte Unternehmensführung zu reagieren. Durch Mehrheitsvotum können sie nun in der Hauptversammlung Einfluss auf die Höhe der Managergehälter nehmen. Ein System- und Mentalitätswandel, der in meinen Augen bitter nötig war.



Um die europäische Integration klug voranzutreiben, sind persönliche Kontakte unverzichtbar. Dieses Bild zeigt mich im Gespräch mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Italiens, Mario Monti.

Ganz allgemein gehört die EU-weite Angleichung des Wirtschafts- und Insolvenzrechts zu den Stellschrauben in der Konstruktion der Europäischen Union, an denen ich drehen möchte. Trotz bedeutender Fortschritte ist der gemeinsame Binnenmarkt mit einem einheitlichen Wirtschaftsrecht noch nicht vollendet. Was in der Theorie schon erlaubt ist, erweist sich in der Praxis als schwierig. Unternehmer, die europaweit tätig werden, sind heute einem Flickenteppich von unterschiedlichen europäischen Regeln ausgesetzt. Deshalb bin ich seit März 2019 eines von 50 deutschen Mitgliedern der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV). Für mich und die CDU als DIE Europa-Partei ist dies ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem besseren Europa. Ich bin überzeugt, wir leisten hier eine essentielle Vorarbeit, auf die die Kollegen der EVP im Europäischen Parlament später aufbauen können. Mehr Debatte, mehr Absprache, mehr Verbundenheit zwischen Deutschland und Frankreich. Auf meine Initiative hin haben wir innerhalb der DFPV eine Arbeitsgruppe zur Harmonisierung des deutschen und des französischen Wirtschafts- und Insolvenzrechts gegründet. Gemeinsam wollen wir die unterschiedlichen Rechtspraktiken und Regeln aufeinander abstimmen und Unternehmen grenzüberschreitendes Wirtschaften erleichtern. Ich denke, dass wir dort kluge Vorarbeiten leisten können, für eine weitere wirtschaftliche Integration Europas, die vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) hilft.



Ein weiteres zukunftweisendes Feld für die deutsche Wirtschaft ist die Blockchain-Tech**nologie**. Um diesen Innovationsvorsprung in einem revolutionären Technologiebereich zu stärken und der deutschen Wirtschaft hier zum Durchbruch zu verhelfen, habe ich mich mit weiteren Rechts-, Digital- und Finanzpolitikern in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammengeschlossen und ein Papier verfasst. Ich habe darin einen Vorschlag für Anpassungen des Gesellschaftsrechts an Technologien auf Blockchain-Basis formuliert. Eine solche neue, digitale Rechtsform halte ich für elementar, denn besteht erst einmal Rechtssicherheit, kann sich ein Markt auch voll entfalten. In der Folge werden uns auch Haftungsfragen für die künstliche Intelligenz beschäftigen. Hier gründe ich derzeit mit Axel Voss, dem zuständigen Berichterstatter im Europäischen Parlament, einen Arbeitskreis innerhalb der CDU.

Bundestag Ende 2018 verabschiedet hat. Das Gesetz bietet neben den bestehenden Regelungen zur Umwandlung von englischen "Limiteds" in deutsche Kapitalgesellschaften (z.B. GmbHs) die Möglichkeit der Umwandlung in Personengesellschaften (u.a. GmbH & Co. KG). Eine wichtige Änderung, da auch in Deutschland dank der sogenannten Niederlassungsfreiheit Firmen im Rechtskleid der englischen "Limited" arbeiten und dieses Recht mit dem Brexit endete.

Dass wir den BREXIT dringend von deutscher Seite gesetzgeberisch flankieren müssen, habe ich in zahlreichen Plenarreden und Gesprächen, aber auch in Gastbeiträgen, wie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in den vergangenen zwei Jahren immer wieder deutlich gemacht. Klar ist auch: Wir müssen den Mehrwert der Europäischen Union künftig noch besser erklären und im Zweifel durch Reformen wieder sichtbar machen, wo Bürokratie ihn überdeckt.



Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung ist ein binationales Gremium der EU-Staaten Deutschland und Frankreich. Die Versammlung soll Vorschläge zu grenzüberschreitenden Fragen erarbeiten und die gemeinsame Umsetzung von EU-Richtlinien voranbringen. Als Koordinator sitze ich der Arbeitsgruppe zur Harmonisierung des deutschen und des französischen Wirtschafts- und Insolvenzrechts vor.

Im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union beschäftigt mich neben dem andauernden und sehr bewegenden Migrationsthema und natürlich der Corona-Krise der Austritt des Vereinigten Königreichs, kurz der BREXIT. Immer noch gibt es Verhandlungen über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen mit Großbritannien. Als Bundesrepublik Deutschland und als Europäische Union haben wir das elementare Interesse, weiterhin ein bestmögliches Verhältnis zu Großbritannien zu erhalten. Es geht um die Existenzen betroffener Menschen, um den volkswirtschaftlichen Schaden, der entstehen könnte und um die Sicherheitsarchitektur Europas.

Federführend beteiligt war ich beim Brexit-Umwandlungsgesetz, welches der Deutsche Auch als **Vorsitzender des Unterausschusses Europarecht** halte ich engen Kontakt nach Brüssel. Gesetzgebungsprozesse dort sind besser zu beeinflussen und deutsche Interessen nachhaltiger zu wahren, wenn sie von Anfang an begleitet werden. Um den Austausch zwischen Berlin und der europäischen Ebene zu intensivieren, war ich gemeinsam mit einigen Bundestagsabgeordneten aus meinem Ausschuss für eine Delegationsreise in Brüssel.

Zudem hat mich der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak 2019 in den **Bundesfachausschuss für Europapolitik** berufen. Für mich eine gute Möglichkeit, das Wissen aus dem Unterausschuss in die grundlegende Sacharbeit der Partei einfließen zu lassen.



Im vergangenen Jahr habe ich mich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie wir in Deutschland die Zahl der Organspenden erhöhen und das System der Organspende verbessern können. Der "Gesetzesentwurf zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft in der Organspende", den ich fraktionsübergreifend mit einigen anderen Parlamentariern ausgearbeitet hatte, wurde im vergangenen Jahr mit deutlicher Mehrheit im Parlament beschlossen. In Deutschland bleibt es jedem Bürger weiter selbst überlassen, ob er sich nach seinem Tod als Organspender zur Verfügung stellt. Unsere Lösung setzt auf zusätzliche Information, direktere Ansprache und bessere Aufklärung.



Einige Gäste des Stephanuskreises dürfen sich in Deutschland nicht öffentlich zu erkennen geben. Im Jemen werden zum Christentum konvertierte Muslime durch Extremisten mit dem Tode bedroht. Dennoch kamen einige mutige Jemeniten nach Berlin und berichteten über die furchbaren Misstände in dem Land am Golf von Aden.

Eine Herzensangelegenheit ist mir weiterhin der Vorsitz des Stephanuskreises, der sich für bedrängte Christen in aller Welt und ganz allgemein für das Menschenrecht der Religions- und Weltanschauungsfreiheit enagiert. Ein Fall, der traurige Berühmtheit erlangte, war der der pakistanischen Christin Asia Bibi. Ich hatte mich damals für eine Aufnahme der verfolgten Frau ausgesprochen und bin froh, dass sie mit ihrer Familie inzwischen in Kanada in Sicherheit lebt.

Nachdrücklich habe ich mich als Stephanuskreisvorsitzender auch zum Konflikt um die Region Bergkarabach öffentlich geäußert und an die beteiligten Staaten appelliert, unverzüglich alle Angriffe einzustellen, die sich insbesondere gegen Kirchen oder andere religiöse Stätten bzw. Kulturgüter richten. Ich bin zu diesem Thema im engen Austausch mit Kölnerinnen und Kölnern armenischer Abstammung, die sich in Sorge an mich gewendet haben. Überhaupt sehe ich in einer so internationalen Stadt wie Köln, dass mein Einsatz für die Religionsfreiheit und für die Gläubigen in aller Welt auch Auswirkungen hat auf die Menschen in meinem Wahlkreis, wie beispielsweise die Ahmadyya-Gemeinde, die Gemeinschaft der Pontos-Griechen oder auch die Menschen aus dem Iran und aus Syrien.

Der Stephanuskreis ist zu einer gewichtigen Stimme im Kampf für die Religionsfreiheit geworden. In der Kritik stehende Staaten stellen sich dem Dialog mit dem Stephanuskreis, wir nehmen auf diese Weise außenpolitisch und diplomatisch Einfluss. In den vergangenen zwei Jahren haben wir in Berlin unter anderem Gäste aus Pakistan und Indonesien, dem Jemen und Eritrea begrüßt. Ich selbst war in Singapur, Armenien und Kenia, um mir dort vor Ort Arbeiten zum interreligiösen Dialog anzuschauen.

Es ist auch unserem Engagement zu verdanken, dass wir mittlerweile auf Regierungsebene mit Markus Grübel einen Beauftragten für die internationale Religionsfreiheit haben, der kürzlich den zweiten Bericht der Bundesregierung zur Religionsfreiheit veröffentlicht hat. Und auch auf europäischer Ebene hat sich der Stephanuskreis vehement und wiederholt für den Erhalt eines Sonderbeauftragten für die Religionsfreiheit stark gemacht – mit Erfolg.

Selbst in einer Gesellschaft, in der immer weniger Menschen offen einem Glauben nachgehen, bewegt das Thema Religion die Menschen, sorgt im Internet für hohe Klickzahlen und im Deutschen Bundestag für hitzige Debatten, an denen ich stets beteiligt war.



Auch das Thema Social Media beschäftt den Stephanuskreis. Facebook & Co bieten Wege, durch Netzwerke gegen Repression zu kämpfen. Zeitgleich werden soziale Medien aber für Hetze gegen Minderheiten missbraucht.



Ja, ich bin ein überzeugter Europäer und ja, ich bin mit Leib und Seele Bundestagsabgeordneter und Rechtswissenschaftler, **aber mein Herz, das schlägt für Köln!** Hier wurde ich geboren, hier gehöre ich hin. Deshalb ist es mir auch wichtig, die Anliegen unserer wunderbaren Stadt im Deutschen Bundestag sichtbar zu machen. Ich bin stolz auf unsere Stadt, die sich durch eine unbeschreibliche Herzlichkeit hervortut, in der wir durch unseren unwiderstehlichen Frohsinn noch immer Lösungen für die Hürden des Lebens gefunden haben. FÜR diese Stadt, FÜR Köln, arbeite ich. Das bedeutet im Umkehrschluss aber leider, dass ich selten IN Köln arbeiten darf.



Die Ortsumfahrung Meschenich war eines der vielen Projekte, die wir dank der engen Zusammenarbeit der CDU-Ratsmitglieder, unserer Landtagsabgeordneten und uns Bundestagsabgeordneten realisieren konnten. Für Meschenich ganz speziell gilt es weiter neue Perspektiven zu öffnen.

Selbst in Wochen ohne Sitzungen des Parlamentes führt mich der kommissarische Ausschussvorsitz beispielsweise nach Karlsruhe, um den Deutschen Bundestag in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu vertreten. Umso mehr freue ich mich deshalb über jede Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis, die nach Beendigung der Corona-Beschränkungen hoffentlich bald wiederkommen. Dank der vollfinanzierten Fahrten des Bundespresseamtes und eines kleinen Zuschusses aus meinem Budget besuchten mich in der Hauptstadt in den vergangenen Jahren Hunderte Bürgerinnen und Bürger sowie Tausende Schülerinnen und Schüler auf Klassenausflügen. Hinzu kamen zahlreiche engagierte Praktikanten, insbesondere aus Köln, und Besuche von jungen Kölner Unternehmerinnen wie Katharina Wendt, die 2018 im Rahmen einer Projektwoche Einblick in meinen parlamentarischen Alltag bekam. Nicht nur diese Wirtschaftsjunioren lernen unser Politikgeschäft kennen, auch für unsere Arbeit im Deutschen Bundestag ist der regelmäßige Austausch mit den jungen Unternehmern wertvoll, beide Seiten können hier voneinander lernen.

Voneinander lernen tun wir ohnehin immer, wenn ich in meinem Wahlkreis unterwegs bin. Sei es bei meinen jährlichen Schulbesuchen anlässlich des Europatages am 8. Mai (fiel dieses Jahr wegen Corona leider aus), bei Diskussionsabenden mit Bürgern in meinem Wahlkreisbüro, wie beispielsweise zur Europawahl 2019 mit dem Europaabgeordneten Axel Voss oder auch bei Demonstrationen, an denen ich mich beteilige, wie beispielsweise der gegen die türkischen Kriegshandlungen in Syrien.

Ich freue mich, dass viele Kölner Projekte, für die ich mich eingesetzt habe, auch erfolgreich verlaufen sind. So haben wir es gemeinsam geschafft, den Ausbau des Godorfer Hafens endgültig stoppen, den Bau der Ortsumgehung Meschenich zu starten und die umfangreichen Bundesfördermittel für die Sanierung der Kirche St. Pantaleon in der Kölner Innenstadt bewilligt bekommen, um nur die wichtigsten Meilensteine zu nennen.

Dieses Engagement und die Gespräche mit Parteifreunden und Menschen aus meinem Wahlkreis sind ungemein wertvoll für meine Arbeit. Zögern Sie deshalb nicht und treten Sie mit mir und meinem Team in Kontakt! Ihre Fra-

gen, Anregungen und auch Ihre Kritik sind uns immer willkommen!

Meine Kontaktdaten finden Sie auf meiner neuen Homepage www.heribert-hirte.de oder greifen Sie einfach zum Hörer, die zentrale Telefonnummer meines Berliner Büros lautet: 030/227 77830. Und auch mein Kölner Wahlkreisbüro steht für einen Besuch immer offen - wenn auch in Pandemiezeiten vorzugsweise über Web-Konferenzen. Wir freuen uns auf Sie!

Ihr

Heribert Hirte

Menitet KM